

Die Zuger Linke hadert mit dem Majorz – wird die Abschaffung zum Thema?

Nächstes Jahr wählt der Kanton Zug seine neue Regierung. Klar scheint schon jetzt: Für die Linke wird es wieder schwierig. Mit dem einst in Aussicht gestellten «freiwilligen Proporz» klappt es nicht.

Carlo Schuler

Und wieder hatte es für die Zuger Linke nicht gereicht: Am 10. August setzte sich im zweiten Wahlgang der Regierungsratsersatzwahl Andreas Hausheer von der Mitte gegen Andreas Lustenberger, den Kandidaten der ALG, durch. Wie schon im ersten Wahlgang erzielte Lustenberger ein sehr gutes Ergebnis – für den angestrebten Sitz genügte das trotzdem nicht.

Bis ins Jahr 2018 war die Linke in Zug 95 Jahre lang immer in der Regierung vertreten gewesen, manchmal gar mit zwei Personen. Allen Bemühungen zum Trotz will eine Rückkehr seither nicht mehr klappen. Es dürfte auch im Hinblick auf die nächsten Gesamterneuerungswahlen schwierig werden. Diese stehen bereits in weniger als einem Jahr an: Am 4. Oktober 2026 wird der Kanton Zug seine Regierung neu bestellen.

Dass die Zuger Linke nicht im Regierungsrat vertreten ist, hat mit dem Wahlsystem zu tun. Im Jahr 2013 stimmten die Zugerinnen und Zuger dem Wechsel vom Proporz zum Majorz zu (siehe Box). Seither wird die Regierung also im Mehrheitsystem gewählt. Es waren damals die CVP – die heutige Mitte – und die FDP, die diesen Systemwechsel vorangetrieben hatten.

«Freiwilligen Proporz» in Aussicht gestellt

Interessant ist, wie die Regierung im Vorfeld der damaligen Abstimmung argumentiert hatte: Die Proporz-Befürworter hatten Bedenken geäussert, dass im Majorzsystem der Meinungspluralismus leiden werde. Im Bericht zur entsprechenden Vorlage von 2012 entgegnete die bürgerlich dominierte Zuger Regierung unter anderem Folgendes: «Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass die Bereitschaft der Parteien zur Konkordanz auch im Majorzverfahren vorhanden ist (sogenannter freiwilliger Proporz).»

Das liest und las sich wie ein Faktum, ein Versprechen gar. Die Regierung legte im besagten Bericht auch dar, was unter einem «freiwilligen Proporz» zu verstehen ist: «Danach verzichten die stärksten Parteien vielfach darauf, möglichst viele oder alle Sitze zu besetzen und beschränken sich bereits bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten auf diejenige Anzahl Bewerberinnen und Bewerber, die in etwa ihrem Stimmenpotenzial entspricht.»

Rückkehr in die Regierung scheiterte jedes Mal

Mit diesem «freiwilligen Proporz» funktionierte es in Zug seit der Umstellung auf den Majorz nun aber seit Jahren nicht. Bei der ersten Gesamterneuerungswahl unter dem neuen Majorzsystem im Jahr 2014 wurde Manuela Weichelt von der ALG



Am Ende des Wahltags lachte nur der Bürgerliche: Mitte-Politiker Andreas Hausheer (links) und Andreas Lustenberger von der ALG anlässlich der Regierungsrats-Ersatzwahl vom letzten Sommer.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 10. 8. 2025)

zwar gewählt. Sie trat damals aber als Bisherige an – ein klarer Vorteil. Ihre erstmalige Wahl war noch nach dem Proporzsystem erfolgt. Seit Weichelts Rücktritt im Jahr 2018 stehen die Zuger Linken aussen vor: Keiner ihrer Versuche, wieder in die Kantonsregierung zurückzukehren, glückte. «Der freiwillige Proporz war eine absolute Mä», sagt auf Anfrage Luzian Franzini, Präsident der kantonalen ALG. Das zeige ja gerade auch das Beispiel von diesem Sommer, in dem für die Nachfolge von Martin Pfister erneut ein Mitte-Mann gewählt worden sei.

Um die Parteienstärken in Zug zu dokumentieren, seien die letzten Nationalratswahlen ein geeigneter Massstab, so Franzini. «Dort erreichte das

linke Lager (ALG und SP) mit 28,6 Prozent einen höheren Wähleranteil als die Mitte (23,78 Prozent). Im Kantonsrat verfügen die Linke und die Mitte aktuell über gleich viele Sitze (je 21). Trotzdem hält die Mitte drei Sitze im Regierungsrat, die Linke keinen – ein Demokratiedefizit, das in einer Konkordanzdemokratie nicht tragbar ist.»

Ähnlich tönt es bei Philip C. Brunner, Zuger SVP-Präsident und Kantonsrat. Brunner sagt, er äussere sich vorliegend als langjähriges Parlamentsmitglied und nicht als Präsident der kantonalen SVP. Brunner spricht von «zehn Jahren schlechten Erfahrungen» mit dem Majorz. «Der freiwillige Proporz ist ein Märli, und besse-

re Köpfe sind auch nicht aufgetaucht.»

Sowohl der Linken als auch der SVP sei es bei Rücktritten auf Ende der Legislatur jeweils nicht gelungen, die entsprechenden Personen durch Mitglieder der gleichen Partei zu ersetzen. Die Linke habe seit 2018 nach dem Rücktritt von Regierungsrätin Weichelt diesen Sitz nicht mehr zurückholen können. Bei der SVP betreffe es bisher diverse Sitze in den Gemeindeexekutiven.

Franzini sagt, die Haltung der ALG in dieser Frage sei eine grundsätzliche: «In einer funktionierenden Konkordanzdemokratie müssen alle relevanten politischen Kräfte gemäss ihrer Wählerstärke in der Regierung vertreten sein – unab-

hängig von einzelnen Wahlausgängen. Das Versprechen des «freiwilligen Proporz», das 2012 gegeben wurde, ist für uns verbindlich. Der Majorz darf nicht zum Instrument werden, um grosse Minderheiten dauerhaft von der Regierung auszuschliessen.»

2012, als die Weichen zur Systemänderung gestellt wurden, sass die heutige Ständeräte Peter Hegglin (Mitte) und Matthias Michel (FDP) in der Zuger Regierung. Was sagen sie heute zum Vorwurf, der Regierungsrat habe damals den «freiwilligen Proporz» quasi versprochen?

Ehemalige Regierungsräte wiegeln ab

Peter Hegglin schreibt dazu auf Anfrage: «In den Ausführungen des Regierungsrates lese ich kein Versprechen für einen freiwilligen Verzicht auf Kandidaturen für frei werdende Mandate.»

Matthias Michel schreibt: «Das damalige Hauptargument der Regierung war, dass bei Exekutivwahlen die Persönlichkeit massgebend sein soll und nicht die Parteizugehörigkeit, was ich unterstütze.» Dem Systemwechsel sei in der Volksabstimmung mit rund 63 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt worden. «Nebenbei hat der Regierungsrat damals erwähnt, dass der freiwillige Proporz von der entsprechenden Bereitschaft der Parteien abhängt. Mit der zunehmenden parteipolitischen Polarisierung nimmt diese Bereitschaft offensichtlich ab.»

Kommt wieder Bewegung in die Sache?

Für Luzian Franzini von der ALG bleibt aber klar, dass vor Einführung des Majorzes seitens der Regierung in Aussicht gestellt

Nur das Tessin wählt die Regierung im Proporz

Im Jahre 2013 entschied das Zuger Stimmvolk, seine Exekutiven nicht mehr im Proporz, sondern im Majorz zu wählen. Seither ist der Kanton Tessin der einzige Schweizer Kanton, der seine Regierung im Proporz wählt. Im Tessiner Parlament gab es zwar ebenfalls Bestrebungen, zum Majorz zu wechseln. Diese Vorstösse scheiterten aber allesamt.

Auf Gemeindeebene hingegen gibt es nach wie vor Wahlen von Exekutiven im Proporzverfahren – vor allem im Kanton Bern. Das gilt für die Städte Biel, Thun, Langenthal sowie für Bern selbst. Dort sei letztmals im Jahr 2007 ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht worden, der einen Wechsel vom Proporz zum Majorzsystem verlangte, teilt die Stadtschreiberin Claudia Mannhart auf Anfrage mit. Das Stadtparlament schickte den Vorstoss aber bachab.

Esther Meier, Stadträtin und Co-Präsidentin Grünes Bündnis Bern, erklärt auf Anfrage: «Das Proporzwahlssystem führt in der Regel zu einer ausgewogeneren Vertretung der Parteien und trägt damit zur politischen Stabilität bei.» (cs)

wurde, dass das Mehrheitswahlssystem kein Problem sei, weil sich ein «freiwilliger Proporz» einstellen würde. «Wir stellen seit Jahren profilierte, wählbare Persönlichkeiten auf – von Hanspeter Uster bis Andreas Lustenberger. Dass diese im Majorzsystem ohne freiwilligen Proporz keine faire Chance erhalten, liegt nicht an mangelnder Qualität, sondern an der systematischen Übervertretung der bürgerlichen Parteien», so Franzini.

Ob eine Rückkehr zum Proporz in naher Zukunft möglich ist, bleibt offen. Nebst der Zuger Linken hatte auch die SVP den geführten Majorz klar abgelehnt. Präsident Philip C. Brunner schreibt dazu: «Ich persönlich finde das Majorzsystem nicht gut für den Kanton Zug und würde den früheren Proporz bevorzugen.» Der Proporz gewährte eine faire Vertretung aller politischer Richtungen. Die SVP als Partei werde aber in dieser Sache nicht aktiv werden.

Sehr deutlich ist derweil der Standpunkt von ALG-Präsident Luzian Franzini: «Wir sind weiterhin mit Parteien im Gespräch über eine Volksinitiative zur Wiedereinführung des Proporzwahlsystems. Sobald wir eine genügend grosse Allianz zusammenhaben, lancieren wir das Anliegen.» Möglicherweise ist in der Zuger Proporz-Majorz-Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Das Machtkalkül steht im Vordergrund

Georg Lutz, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Lausanne, erklärt auf Anfrage: «Ich halte es in der Politik für eine etwas naive Vorstellung, dass Parteien freiwillig Macht teilen wollen oder sollen.» Er sagt, er beobachte in der Schweiz keinen freiwilligen Machtverzicht bürgerlicher Parteien. Linke Parteien kämen einfach dann zum Zug, wenn bürgerliche Parteien oder ihre Wählerschaft nicht geschlossen seien und/oder starken linken Kandidaturen gegenüberstünden.»

Um Geschlossenheit zu erreichen und um die Konkurrenzsituation im bürgerlichen Lager zu kontrollieren, nominieren bürgerliche Parteien gemeinsam oft weniger Personen,

als es Sitze in einer Regierung gibt. Das hat meiner Ansicht nach allerdings wenig mit Freiwilligkeit zu tun, sondern entspringt einem rationalen Kalkül, Macht zu sichern und innerhalb der bürgerlichen Parteien zu verteilen. Den gleichen Mechanismus – aber mit umgekehrten Vorzeichen – gibt es beispielsweise auch in klar linken Städten wie Zürich oder Lausanne.»

Es gibt auch Risiken

Hans-Peter Schaub von Année politique Suisse – eine Plattform zur Politik auf Kantons- und Bundesebene – ist ebenfalls der Ansicht, dass Parteien nicht aus «Grosszügigkeit» zurückhaltend nominieren. «Sie tun das, wenn

es für sie Sinn macht.» Zu bedenken sei allerdings, dass ein «offensives Nominieren» für eine Partei nebst Chancen – wie mehr Macht und Zufriedenstellen unterschiedlicher Gruppierungen innerhalb der Partei – auch Risiken berge. Unter anderem könne sich eine Partei so dem Vorwurf ihrer politischen Gegnerschaft aussetzen, sich Macht anmassen zu wollen.»

Wenn dieser Vorwurf in der Wählerschaft verfangt, kann eine Partei am Ende sogar mit weniger Sitzen dastehen, als wenn sie von Beginn an zurückhaltender aufgetreten wäre.» Entsprechende Fälle habe es in der Schweiz schon gegeben, beispielsweise bei den Berner Regierungswahlen. (cs)